

WIE BRINGEN WIR DIE WACHSTUMSMOTOREN UNTER KONTROLLE?

Wirtschaftswachstum kann im Prinzip nachhaltig sein. Die Idee der absoluten Entkoppelung von Wirtschaftswachstum einerseits und Ressourcenverbrauch sowie Emissionen und Abfällen andererseits basiert auf zwei Ideen: Erstens verlagern sich die wirtschaftlichen Aktivitäten in Sektoren, die weniger umweltschädlich sind; zweitens substituieren wir die heutigen problematischen Ressourcen- und Energiequellen durch erneuerbare Quellen bzw. durch alternative Technologien. All dies ist theoretisch vorstellbar. Und auch in der praktischen Umwelt- und Industriepolitik wurden und werden damit beeindruckende Erfolge erzielt. Es gibt aber ebenso grosse theoretische wie praktische Probleme. Einerseits müssen wir beispielsweise die Treibhausgasemissionen nicht irgendwann, sondern spätestens 2050 auf null reduzieren. Es ist also höchst fraglich, ob die technische Substitution in hinreichend hohem Tempo möglich ist, während die Wirtschaft weiterwächst. In den Bereichen, wo es nicht um Energie, sondern um andere Ressourcen wie z.B. (Landwirtschafts-) Fläche geht, sind technische Lösungen ausserdem weniger aussichtsreich. Vor allem aber übersteigt das ungebremste Wachstum unsere Vorstellungskraft: Nimmt man gleichbleibende Trends in der globalen Wohlstandsverteilung an, dann müsste sich das Volumen der Weltwirtschaft um den Faktor 173 vergrössern, um alle Menschen aus der Armut zu befreien (Woodward 2015: 58). Niemand kann glaubwürdig erklären, wie dies umweltverträglich geschehen soll. Daraus folgt, dass ein Leben ohne Armut für alle unter Einhaltung der planetaren Belastungsgrenzen nur möglich ist, wenn sich die Wohlstandsverteilung ändert. Das bedeutet, dass die Volkswirtschaften des globalen Südens weiterwachsen dürfen und müssen, während die reichen Länder ihren Konsum und damit das Wirtschaftswachstum einzudämmen haben.

Die Wachstumskritik ist aus diesen genannten Gründen gerechtfertigt und die Debatte um die Postwachstumsökonomie ausserordentlich wichtig. Aber haben wir bereits Antworten? Im Folgenden geht es darum, den Wachstumszwang im Kapitalismus aus makroökonomischer Sicht zu betrachten, die gegenwärtigen Vorschläge für die Postwachstumsökonomie in dieser Hinsicht zu prüfen sowie die Bedingungen zu formulieren, die für den Übergang zu einer wachstumsunabhängigen Wirtschaft erfüllt sein müssen.

DER WACHSTUMSZWANG

Der Wachstumsprozess ist uns bestens bekannt und kann unter anderem mit dem marxischen Reproduktionsschema nachgezeichnet werden (Marx 2008: 369): Die Akteur*innen der Volkswirtschaft produzieren einerseits Konsumgüter, andererseits Investitionsgüter. Die neuen Investitionsgüter wie Maschinen und Infrastruktur werden in der nächsten Periode eingesetzt, um die Gesamtproduktion zu steigern. Damit diese ständige Erweiterung der Produktionskapazitäten stattfinden kann, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Erstens muss die Profitrate, also das Verhältnis der Profite zum eingesetzten Kapital, hinreichend hoch sein. In der klassischen und speziell der marxistischen Ökonomie ist die Profitmaximierung das zentrale Motiv sämtlicher kapitalistischer Aktivitäten (Marx 2004: 44f; Shaikh 2016: 616). Fällt die Profitrate unter eine bestimmte Schwelle, die von den Investor*innen als akzeptabel betrachtet wird, sind diese nicht mehr bereit zu investieren oder überhaupt irgendetwas zu produzieren.

Die zweite Bedingung ist die sogenannte effektive Nachfrage, das ebenfalls wirkmächtige, von Keynes (1997: 55) und Michal Kalecki (1944) hergeleitete Prinzip. Die Firmen produzieren entsprechend den Erwartungen. Gehen sie von einem hohen Absatz (also einer hohen effektiven Nachfrage) aus, stellen sie mehr Arbeitskräfte ein. Damit steigt das Gesamteinkommen, das wiederum für die produzierten Güter ausgegeben wird. Die erwartete Nachfrage schafft damit reale Nachfrage. Sind die Erwartungen hingegen weniger zuversichtlich, werden weniger Arbeitskräfte eingestellt und damit realisiert sich auch ein kleinerer Output. Weil die Produktion der Vergangenheit die Basis für die Erwartungsbildung ist, wirken Erwartungen selbstverstärkend; hohe (geringe) Produktion zieht hohe (geringe) oder noch höhere (geringere) Produktion nach sich. Die Veränderung der effektiven Nachfrage trägt somit zu Booms und Krisen bei.

Nun lässt sich argumentieren, dass die Profitrate und die effektive Nachfrage so zu liegen kommen könnten, dass die Produktion stabil bleibt und nicht mehr weiterwächst. Somit bliebe die Beschäftigung ebenfalls stabil und die Investitionen wären genau gross genug, um die Abschreibungen des Kapitalstocks zu ersetzen. Damit wären wir in der Postwachstumswirtschaft. Allerdings wäre dieses Resultat im Kapitalismus mit komplexen von privaten Akteur*innen getriebenen

Märkten wie eine aufgeworfene Münze, die auf dem Rand stehen bleibt. Es gibt keine Gleichgewichtskräfte, die den Kapitalismus zu diesem stabilen Punkt führen. Vielmehr implizieren der Wettbewerb und die Jagd nach Profit einen stetigen Drang nach Effizienzsteigerung, Kapitalakkumulation und damit Wirtschaftswachstum.

Ausserdem besteht zwischen diesen beiden Wachstumsmotoren ein Widerspruch, der möglicherweise der wichtigste Grund für die Instabilität im Kapitalismus ist. Das Gesamteinkommen in der Volkswirtschaft wird in Profite und Löhne eingeteilt. Je höher die Profite und damit die Profitrate, desto tiefer die Löhne. Einerseits ist dies gut für das Wachstum, weil die Investitionen rentabler werden. Andererseits wird von den Löhnen ein grösserer Teil des Einkommens direkt ausgegeben als von den Profiten, weil letztere stärker zum Sparen neigen. Tiefere Löhne bedeuten daher zwar eine höhere Profitrate, allerdings auch eine schwächere Nachfrage. Dieser Widerspruch und die damit verbundenen Verteilungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit machen die Ökonomie turbulent und krisenanfällig. Mit zunehmender Akkumulation – also der steigenden Kapitalverfügbarkeit aufgrund des Wachstums – wird es für das Kapital schwieriger, profitable Investitionsmöglichkeiten zu finden, womit sich der Widerspruch immer mehr verschärft (Oberholzer 2020: 62f.). Damit nimmt vonseiten der Firmen der Druck auf die Löhne zu, um die Profite zu erhalten, womit sich das Problem der fehlenden Nachfrage verstärkt. Es wird also immer schwieriger, beide Bedingungen gleichzeitig zu erfüllen. Das zeigen nicht nur die zahlreichen Krisen, sondern auch der langfristig beobachtbare Niedergang der Wachstumsraten und die zunehmende Ungleichheit in den Industrieländern. In diesem Zusammenhang haben seit der Finanzkrise von 2008 die Begriffe «Grosse Rezession» und «Jahrhundertstagnation» (Harvey 2014; Summers 2015) (wieder) viel Aufmerksamkeit erhalten.

Wirtschaftswachstum ist ein Zeichen einer hohen Profitrate bei der Produktion der Güter und einer starken Nachfrage, dank der die produzierten Güter abgesetzt werden können. Eine unzureichende Profitrate und/oder eine mangelnde Nachfrage bedeuten zwar weniger oder kein Wachstum, implizieren aber genau deswegen auch Lohndruck, Arbeitslosigkeit und Krise. Um es nochmals zu betonen: Damit soll nicht gesagt werden, dass der Kapitalismus automatisch zu maximalem Wachstum und Vollbeschäftigung führt. Das Problem besteht darin, dass es im Kapitalismus keine Vollbeschäftigung ohne Wachstum geben kann.

Deshalb besteht der Wachstumszwang nicht etwa im zinsbasierten Geldsystem, sondern in der Produktion für den Profit (inklusive dessen Realisierung über die Nachfrage). Wären die Investor*innen bereit, auch ohne Profite zu produzieren, würde sich der Widerspruch auflösen. Höhere Löhne würden nicht mehr die Profite einschränken, womit sich Nachfrage und Beschäftigung direkt steuern und stabilisieren liessen.

DIE FRAGE DER TRANSITION

Die entscheidende Frage scheint vorerst also nicht, wie die Postwachstumsökonomie auszusehen hat, sondern wie der Übergang dorthin zu bewerkstelligen ist. Wie also kommen wir weg von den gegenwärtigen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Wachstumsmotoren Profitrate und effektive Nachfrage zwar die Beschäftigung steigern, aber eben auch wachsende Produktion mit steigendem Energie- und Ressourcenverbrauch mit sich bringen? Wie können wir allen Menschen ein gutes Leben bieten, ohne auf permanentes Wachstum angewiesen zu sein? Wie schaffen wir es, dass eine nicht wachsende Wirtschaft nicht automatisch instabil ist und in die Krise führt?

Wenn wir – vorläufig einmal unabhängig von Produktivitätswachstum und verwendeten Produktionsmethoden – weniger produzieren und konsumieren sollen, müssen wir weniger arbeiten. Die Arbeitszeitverkürzung ist denn auch ein zentraler Pfeiler der meisten makroökonomischen Analysen zu Postwachstum (D'Alessandro et al. 2020; Jackson/Victor 2019). Ebenso soll sie dazu beitragen, in Zukunft genügend Jobs zur Verfügung stellen zu können, sodass alle Mitglieder der Gesellschaft ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand leisten. In einer weitergehenden Analyse wäre hier auch die Care-Arbeit einzubeziehen.

Es sind verschiedene Varianten der Arbeitszeitreduktion denkbar: Nehmen wir erstens an, die Arbeitszeit würde beispielsweise um 20 Prozent gekürzt, der Lohn ebenfalls. Das hiesse also, dass der Lohn pro gearbeitete Stunde derselbe bliebe. Weil insgesamt weniger gearbeitet würde, würde das Kapital möglicherweise nach zusätzlichen Arbeitskräften suchen und damit Vollbeschäftigung herbeiführen, womit die Löhne wieder steigen und die Profite sinken würden. Denkbar ist aber auch, dass das überschüssige Kapital nicht mehr erneuert, sondern schrittweise abgebaut wird. Energie- und Ressourcenverbrauch würden reduziert. Eine signifikante Lohnkürzung ist zwar für viele Haushalte tragbar, für viele aber auch nicht. Der Widerspruch zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und gutem Leben lässt sich zu Beginn eines Übergangs zur Postwachstumsökonomie kaum lösen.

Eine andere Annahme ist, dass die Arbeitszeit gekürzt wird, die Lohnsumme aber gleichbleibt. Der Satz pro gearbeitete Stunde steigt somit. Diese Variante bedeutet eine eigentliche Lohnerhöhung in Form zusätzlicher Freizeit. Die gleiche Lohnsumme bei insgesamt sinkender Produktion lässt die Profite schrumpfen. Ab einem gewissen Punkt ist damit die hinreichende Profitrate als Bedingung für die wirtschaftliche Produktion nicht mehr gegeben. Investitionen und Produktion werden noch stärker zurückgefahren, nun allerdings nicht über eine weitere Arbeitszeitverkürzung, sondern über Stellenabbau.

Schliesslich wäre es auch möglich, die Arbeitszeit vorerst gleich zu belassen, aber von nun an im Gleichschritt mit dem Produktivitätswachstum zu reduzieren. Damit werden die zukünftigen Lohnerhöhungen ebenfalls in Form zusätzlicher Freizeit realisiert. Das Produktivitätswachstum ist in der Lage, die Folgen

der Arbeitszeitverkürzung für die Profite teilweise abzufedern. Jedoch wird mit einer durch die zukünftige Produktivitätsentwicklung vorgegebenen Arbeitszeitreduktion erstens lediglich der Energie- und Ressourcenverbrauch auf dem Status quo zementiert. Die Aufgabe für die Entkoppelung von Wachstum und Umweltbelastung durch technologische Lösungen wird damit umso grösser. Zweitens ist in Zeiten einer möglichen Jahrhundertstagnation mit niedrigem Wirtschafts- und Produktivitätswachstum fraglich, wie viel Potenzial für die Arbeitszeitreduktion diese Variante überhaupt bietet.

Generell lässt sich sagen, dass eine Arbeitszeitverkürzung, welche die Profite schrumpfen lässt, die gegenwärtige Entwicklung im Kapitalismus der Industrieländer beschleunigt. Die fallenden Wachstumsraten seit Ende der 1970er-Jahre gingen mit sinkenden Profitraten einher, was – wie erwähnt – den Druck auf die Löhne erhöhte. Eine zugunsten der Lohnabhängigen ausgerichtete Arbeitszeitreduktion verschärft das Problem sinkender Profitabilität zusätzlich und könnte je nach dessen Ausmass die Volkswirtschaften noch instabiler machen. Mit Instabilität, Arbeitslosigkeit und Lohndruck lässt sich eine erfolgreiche Transition aber kaum bewerkstelligen.

DIE LÜCKE IN DER POSTWACHSTUMSDEBATTE

Die meisten Ansätze für die Postwachstumsökonomie stimmen darin überein, dass eine wachstumsunabhängige Wirtschaft nicht profitgetrieben sein sollte. Dafür liegen zahlreiche Vorschläge von Genossenschaftsförderung über Sharing-Ansätze bis zu kommerzfreien Zonen etc. vor (Neustart Schweiz 2016). Diese sind sehr wertvoll und sollten weiter vertieft und ausgetestet werden, um Erfahrungen zu sammeln und eine neue Art des Wirtschaftens erlebbar zu machen. Mit diesen Modellen im Kleinen sind die Herausforderungen im Grossen jedoch noch nicht überwunden. Erstere implizieren ein fertiges Bild der Postwachstumsökonomie, das ausser Acht lässt, wie der Übergang dorthin beginnend im Hier und Jetzt makroökonomisch gesteuert werden kann.

Die makroökonomische Postwachstumsliteratur hat relativ komplexe Modelle entwickelt, um solche Szenarien zu testen (z.B. D'Alessandro et al. 2020; Jackson/Victor 2019; Rosenbaum 2015). Die meisten davon stehen in einer postkeynesianischen bzw. kaleckianischen (Michal Kalecki, s.o.) Tradition. Dabei hängen die Investitionen, also die Produktion von Kapitalgütern, im Wesentlichen von der erwarteten Nachfrage ab, was beispielsweise in der erwarteten Produktion oder der bisherigen Kapazitätsauslastung ausgedrückt wird. Einige berücksichtigen auch die Profitrate als Faktor, der die Investitionen beeinflusst. Allerdings haben diese Modelle dabei etwas gemeinsam: Die Investitionen hängen zwar möglicherweise positiv von der Profitrate ab, setzen aber keine minimale Profitrate als grundsätzliche Vorbedingung für irgendwelche wirtschaftlichen Aktivitäten voraus. Wenn die

Profitrate klein oder sogar null ist (alle anderen Faktoren ausser Acht gelassen), sind die Investitionen ebenfalls klein bzw. null. Bei null Investitionen würde Produktion dann auf dem bisherigen Niveau weiterlaufen und wir wären in der Postwachstumsökonomie. Die Profite könnten auch negativ sein, wenn gleichzeitig der andere Faktor, die effektive Nachfrage, stark genug ist, sodass wir unter dem Strich trotzdem null Investitionen haben.

Die Realität – und da helfen uns Marx und die klassische Ökonomie weiter – ist allerdings eine andere. Es genügt nicht, dass die Profitrate grösser oder gleich null ist. Sie muss eine minimale positive Schwelle erreichen, sonst werden die Investitionen zurückgefahren und Arbeitskräfte entlassen. Ausserdem kann eine geringe Profitrate nicht durch eine hohe Nachfrage kompensiert werden, sondern es müssen alle beiden Wachstumsbedingungen erfüllt sein.

Mit der Annahme, dass die Profitrate keine entscheidende Grösse ist, lässt sich eine sanfte Transformation hin zur Postwachstumsökonomie modellieren. Die Arbeitszeitverkürzung führt zu zunehmender Beschäftigung und stabilem Lohn-einkommen trotz weniger Arbeitsstunden, während die Profitrate langsam sinkt. Dass dies nicht realistisch ist, räumen auch einige der zitierten Untersuchungen ein: «Ein kapitalistisches System [...] verlangt unweigerlich nach positiven Profiten und positive Profite sind [...] unmöglich für ein Null-Wachstum» (Rosenbaum 2015: 631). Ähnlich äussert sich Victor (2019: 299): «Ohne Profiterwartungen gäbe es keine Investitionen und ohne Investitionen gäbe es (letztlich) kein Kapital», weshalb eine nicht bzw. langsam wachsende Ökonomie «eine gewisse Abkehr von einer kapitalistischen Ökonomie suggeriert» (Jackson/Victor 2019: 60).

DER STAAT ALS ZENTRALER AKTEUR AUF DEM WEG ZUR POSTWACHSTUMSÖKONOMIE


Wenn auch der Kapitalismus ein turbulentes und instabiles System ist, so bedeutet das nicht, dass der von den makroökonomischen Modellen vorgezeichnete Weg in die Postwachstumsökonomie der falsche ist. Die Arbeitszeitverkürzung ist bestimmt ein zentraler Bestandteil, um den Planeten zu erhalten und den Menschen eine gute Lebensqualität zu bieten. Die zentralen Überlegungen müssen sich nun darauf fokussieren, wie dieser Weg zu beschreiten ist. Es gibt tatsächlich einen Akteur, der einerseits bereit ist, auch ohne Profite wirtschaftlich aktiv zu werden, und andererseits stark genug, um auf der makroökonomischen Ebene einen Einfluss zu haben. Gemeint ist – wieder einmal – der Staat.

Nehmen wir an, der Staat würde aktiv, indem er Arbeitsstellen schafft in Bereichen wie der Produktion erneuerbarer Energien, der ökologischen Sanierung des Gebäudeparks oder der Pflege. Damit trägt er zur Beschäftigung bei, wodurch die Löhne aufgrund der höheren Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt tendenziell ansteigen. Höhere Löhne bedeuten wie dargelegt mehr Nachfrage, aber auch eine geringere Profitabilität im Privatsektor. Je nachdem, welcher Faktor dominiert, werden

die privaten Firmen ihre Produktion ausweiten oder einschränken. In der aktuellen Phase mit geringem Wachstum und einem immer stärker werdenden Widerspruch zwischen Profitrate und effektiver Nachfrage ist der zweite Fall der wahrscheinlichere. Es findet ein sogenanntes Verdrängen («Crowding-Out») des Privatsektors statt (vgl. Oberholzer 2020: Kap. 6). Damit steigt der Anteil der Produktion im öffentlichen Sektor, während jener im Privatsektor sinkt. Der Teil der Wirtschaft, der nicht profitgetrieben ist, wächst. Neue Wirtschaftszweige entstehen, während bisherige, aus gesellschaftlicher Sicht nicht notwendige, verschwinden. Zwar wird dieser Effekt des Verdrängens von der Mainstream-Ökonomie pausenlos heraufbeschworen und beinahe als Todesurteil für jede dynamische Volkswirtschaft betrachtet. Doch er könnte genau der Mechanismus sein, um eine Gesellschaft Schritt für Schritt in die Postwachstumsökonomie zu führen. In dieser Ökonomie wird es auch möglich sein, unter stabilen Bedingungen und unter Berücksichtigung der relevanten makroökonomischen Rahmenbedingungen die Arbeitszeit zu reduzieren.

Voraussetzung für eine solche Strategie ist ein handlungsfähiger, starker und flexibler Staat. Um Arbeitslosigkeit zu verhindern, muss er in der Lage sein, genügend eigene Stellen zu schaffen, um den Rückzug des Privatsektors zu kompensieren. Die Arbeitszeitverkürzung selbst kann dabei ein Mittel sein, diesen Prozess zu beschleunigen. Einerseits verkleinert sie das Arbeitsangebot und erleichtert das Erreichen von Vollbeschäftigung, andererseits verstärkt sie das Verdrängen des Privatsektors.

Wichtig zu erwähnen ist, dass bei dieser Strategie der Staat nicht im engen Sinne gemeint ist. Er ist der massgebliche steuernde Akteur, kann dabei jedoch auch die Räume schaffen für Genossenschaften und andere dem Gemeinwohl verpflichteten Körperschaften, welche in ihren jeweiligen Bereichen unbürokratisch Aufgaben übernehmen können. Weiter ist der bekannte wirtschaftspolitische Werkzeugkasten von Steuern, Subventionen, Lenkungsabgaben, Vorschriften etc. einzusetzen, um den Weg in die Postwachstumsökonomie zu flankieren.

Es gibt kein vorgegebenes Drehbuch für den Übergang in die Postwachstumsökonomie. Vermutlich ist jeder Schritt mit unvorhersehbaren Effekten verbunden. Aber wir haben Anhaltspunkte, wo ein solcher Übergang starten muss. 

LITERATUR

- D'Alessandro, S. et al. (2020): Feasible alternatives to green growth, in: *Nature Sustainability*, H. 3, S. 329–335.
- Harvey, J. T. (2014): Using the General Theory to explain the U.S. business cycle, 1950–2009, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, H. 3, S. 391–414.
- Jackson, T./Victor, P. (2019): LowGrow SFC: A stock-flow consistent ecological macroeconomic model for Canada, CUSP Working Paper No 16, www.cusp.ac.uk/themes/aetw/wp16/

- Kalecki, M. (1944): Three Ways to Full Employment, in: ders.: The Economics of Full Employment, Six Studies in Applied Economics, Oxford.
- Keynes, J. M. (1997): The General Theory of Employment, Interest, and Money [1936], New York.
- Marx, K. (2008): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band [1885], Berlin.
- Marx, K. (2004): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band [1894], Berlin.
- Neustart Schweiz (2016): Nach Hause kommen: Nachbarschaften als Commons, Baden.
- Oberholzer, B. (2020): Development Macroeconomics: Alternative Strategies for Growth, Cheltenham/Northampton.
- Rosenbaum, E. (2015): Zero growth and structural change in a post Keynesian growth model, in: Journal of Post Keynesian Economics, H. 4, S. 623–647.
- Shaikh, A. (2016): Capitalism. Competition, Conflict, Crises, New York.
- Summers, L. (2015): Demand Side Secular Stagnation, in: American Economic Review, H. 5, S. 60–65.
- Victor, P. (2019): Managing without Growth – Slower by Design Not by Disaster, 2. Aufl., Cheltenham.
- Woodward, D. (2015): Incrementum ad Absurdum: Global Growth, Inequality and Poverty Eradication in a Carbon-Constrained World, in: World Economic Review, H. 4, S. 43–62.